Die Parlamente bellen …

… doch vielerorts zieht die **Agglomerationsstrategie** einfach weiter

Im letzten Oktober trafen sich Vertreter von sieben Parlamenten, um ihre Position zur Agglomerationsstrategie zu bestimmen: Seither ist die Rolle der Parlamente überall ein Thema geworden, doch nur in Muri und Köniz haben Volksvertreter etwas erreicht.

RAINER SCHNEUWLY

Auch bei den Abstimmungen der Regionalen Kulturkonferenz (hier in Ostermundigen zum Klee-Zentrum) haben **Gemeindedelegierte** das Sagen. ARCHIVBILD ADRIAN MOSER

Den Gemeindeparlamenten und den Gemeindeversammlungen im ganzen Kanton Bern steht eine Teilentmachtung bevor. Stimmt das Volk nächstes Jahr mehreren Gesetzesänderungen zu, bestimmen ab 2008 Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten an so genannten Regionalkonferenzen über bestimmte Themen. Im Grossraum Bern wären das Fragen des Verkehrs, der Raumplanung, der Wirtschaftsförderung und der Kultur.

Diese Perspektive hat nun, wie eine kleine Umfrage zeigt, in sechs Parlamenten der Region Bern zu Interventionen geführt. Dort, wo erste Resultate vorliegen, zeigt sich, dass die Volksvertreter unterschiedlich erfolgreich waren. Hier die Übersicht:

• Die **Agglomerationskommission des Berner Stadtrats** wird in dessen Auftrag eine eigene Antwort in der Vernehmlassung abgeben, die derzeit der Kanton zur Agglomerationsstrategie durchführt (vergleiche Kasten). Es ist offenbar das einzige Parlament in der Region Bern, das sich äussert. In der Agglomerationsstrategie sind die Regionalkonferenzen vermerkt. Laut Sekretär Denis Forter sind im Entwurf Vorschläge für eine bessere Mitsprache der Parlamente enthalten. Die Kommission entscheidet aber erst am 2. Februar. Ausserdem plant die Kommission einen zweiten Workshop zur Zusammenarbeit in der Region. Am ersten Workshop im letzten Oktober trafen sich rund 30 Vertreter von sieben Parlamenten, um über die Mitsprachemöglichkeiten der Volksvertreter zu sprechen.

• Die **Parlamentariergruppe aus Muri**, die an dieser Tagung teilnahm, hat sich letzte Woche mit Gemeindepräsident Hans-Rudolf Saxer getroffen. Das Resultat dieses Gesprächs: Der Muriger Gemeinderat schreibt in seiner Vernehmlassungsantwort, es sei zu prüfen, ob auch die Parlamente dem Gemeindepräsidenten – etwa mittels einer Motion – verbindliche Vorgaben machen könnten. Zurzeit ist vorgesehen, dass nur die Gemeinderäte den Präsidenten mit einem Mandat binden können.

• Aufgrund einer dringlichen Interpellation der Tagungsteilnehmer hat der **Könizer Gemeinderat** dem Parlament versprochen, «das Parlament in den Prozess einzubinden». Konkret heisst das laut Gemeindepräsident Luc Mentha, dass die Exekutive dem Parlament einen Bericht über die Agglomerationsstrategie vorlegt, zu dem das Parlament zustimmend, teilweise zustimmend oder ablehnend Stellung nehmen kann. Konsequenz einer ablehnenden Stellungnahme wäre, so Mentha, dass der Gemeinderat seine Position überdenken würde.

• Der **Gemeinderat von Ostermundigen** hat vorgestern seine Vernehmlassungsantwort verabschiedet und beschlossen, nach kurzer Diskussion über diesen Punkt auf den Einbezug des Parlaments zu verzichten. «Das wäre nicht praktikabel», sagt Gemeindepräsident Christian Zahler. Weil der Rat dokumentiert werden müsste, ergäben sich Verzögerungen – «dabei soll ja die Regionalkonferenz zügig zu Entscheiden kommen». Auch in Ostermundigen hatten Tagungsteilnehmer eine überparteiliche Interpellation eingereicht. Darin ist an sich keine Forderung nach Mitsprache enthalten, Initiant Walter Bruderer allerdings findet, der Gemeindepräsident müsse an den Regionalkonferenzen die Volks- respektive Parlamentsmeinung vertreten.

• Der **Zollikofer Gemeinderat** bat laut Gemeindeschreiber Roland Gatschet die vier Parlamentsfraktionen um eine Stellungnahme und hat diese seiner Vernehmlassungsantwort beigefügt. Laut Gatschet forderte die FDP, dass auch das Parlament dem Gemeindepräsidenten Weisungen erteilen kann. Die Zollikofer Exekutive lehnt das aber ab. Zu gegebener Zeit soll allerdings geprüft werden, ob Geschäfte, die von der Regionalkonferenz behandelt werden, dem Volk oder dem Parlament vorzulegen sind. Dies nach einer Änderung der Gemeindeverfassung.

• Auch der **Gemeinderat von Worb** muss eine parteiübergreifende Interpellation beantworten. Auch darin fragen der Initiant, Hanspeter Stoll, und Kollegen, ob nicht auch das Parlament mandatieren könne. Die Antwort steht aus.

Mandat: Schon im Herbst Thema

Vertretungen aus diesen sechs Gemeinden sowie solche aus Münchenbuchsee nahmen im Oktober an der Tagung der Agglomerationskommission (AKO) des Berner Stadtrats teil. Es war das erste offizielle Treffen von Parlamentsmitgliedern aus der Region Bern. Ob es sinnvoll ist, dass auch ein Grosser Gemeinderat dem Gemeindevertreter in der Regionalkonferenz ein Mandat geben kann, wurde bereits damals diskutiert. AKO-Präsident Res Zysset zeigte sich skeptisch – ein Mandat schränke die Handlungsfreiheit der Präsidenten ein.

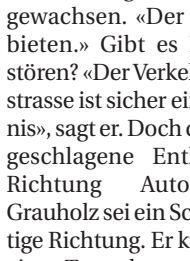
Und wie sieht es in einer grösseren Regionsgemeinde aus, die kein Parlament besitzt? Auch der **Wohlener Gemeinderat** hat kürzlich seine Vernehmlassungsantwort formuliert. Ob etwa in Sachen Verkehr das Volk an der Gemeindeversammlung konsultiert werden solle, habe die Exekutive gar nicht besprochen, sagt Gemeindeschreiber Thomas Peter. «Man will ja die Strukturen straffen. Meiner Meinung nach hätte man auf diese Weise wieder die problematischen Entscheidungsprozesse der Regionalen Kulturkonferenz.» Bereits mehrfach kam es ja zu einer Zitterpartie, bis feststand, dass alle RKK-Gemeinden der vorgesehenen Geldverteilung zustimmen.

AGGLOMERATIONSSTRATEGIE

Die Vernehmlassung zu den mit der Agglomerationsstrategie verbundenen Gesetzesänderungen dauert noch bis zum 13. Februar. Die Umfrage hat auch gezeigt, dass die Gemeinderäte von Köniz, Muri, Ostermundigen und Zollikofen grundsätzlich zustimmen.
Grundidee der Strategie ist es, die Agglomerationen als Wachstumsmotoren zu stärken und die regionale Zusammenarbeit zu fördern.
Die Regionalkonferenz der Agglomeration Bern soll 104 Gemeindepräsidenten vereinen. (ry)

Glaube, Visionen und Familie

Roland Stucki (evp) präsidiert Zollikofens Parlament



Ein Zollikofner **mit Herz:** Roland Stucki. ZVG

«Ich stehe unverkrampft zu meinem Glauben», sagt Roland Stucki. Der 50-jährige EVPler wurde gestern einstimmig zum Präsidenten des Zollikofner Parlaments für das Jahr 2006 gewählt. Die Wahl sei eine Ehre für ihn und die Evangelische Volkspartei, meint Stucki. Um als Vertreter einer kleinen Partei in dieses Amt zu kommen, müsse man bei den grossen Parteien akzeptiert sein. «Sie hätten ja auch die Möglichkeit gehabt, mich nicht zu wählen.»

Glaube hilft in der Politik

Das E im Parteiname EVP spielt in Stuckis Leben eine wichtige Rolle. «Im Herzen wusste ich immer, es gibt Gott, es gibt einen Vater im Himmel, der die Leute lieb hat», sagt er. Aus dem christlichen Glauben könne man in schwierigen Zeiten Hoffnung schöpfen, er sei «eine Bedienungsanleitung fürs Leben». Die Bibel gebe einem «gute Ratschläge», Jesus habe beispielsweise gesagt: «Alles, was die Menschen euch tun sollen, das tue ihnen auch.» Dies gelte auch für die Politik: Selbst wenn ihn jemand mit Ablehnung strafe, versuche er freundlich zu bleiben. Das christliche Gedankengut helfe ihm, sich mit dem politischen Gegner zu arrangieren. «Denn nur mit denen auszukommen, die einem gerne haben, ist einfach.» Er werde als Ratspräsident alle gleich behandeln, «ich habe gegen niemanden etwas».

Die Familie und der Brandschutz

Stucki, verheirateter Vater von drei Kindern, ist viel mehr als nur Politiker: Er ist auch Familienmensch. «Die Familie ist mir wichtig, und es ist generell wichtig, dass zur Institution Familie Sorge getragen wird.» Die EVP mache sich in diesem Bereich stark und propagiere die Ehe. «Heute haben sich viele Paare nur solange lieb, bis die Probleme beginnen.» Die Ehe sei aber nun mal «keine Sprintdisziplin, sondern ein Marathon».

Beruflich ist Stucki Fachstellenleiter bei der Securiton AG und dort verantwortlich für Spezial-Brandmeldesysteme. Ob Zentrum Paul Klee oder Stade de Suisse – bei zahlreichen Grossprojekten war er schon beratend tätig. «Im Bareggtunnel haben wir vor der Eröffnung einen Unfall mit Brandfolge simuliert.» Schliesslich wolle der Kunde wissen, ob das eingesetzte Produkt hält, was es verspricht.

Die Vision von der Flanierzone

Beruflich bedingt sei er viel unterwegs, «aber ich komme immer gerne nach Zollikofen zurück», sagt der passionierte Fussballspieler Stucki. «Zolli», wie er seinem Wohnort sagt, sei ihm ans Herzen gewachsen. «Der Ort hat viel zu bieten.» Gibt es Dinge, die ihn stören? «Der Verkehr auf der Bernstrasse ist sicher ein grosses Ärgernis», sagt er. Doch die kürzlich vorgeschlagene Entlastungsstrasse Richtung Autobahnanschluss Grauholz sei ein Schritt in die richtige Richtung. Er könne sich sogar einen Tunnel unter der Bernstrasse vorstellen. «Stellen sie sich vor: Die Bernstrasse wird zum Wohnparadies und zur Flanierzone.» Dieser Gedanke sei natürlich visionär, «aber Visionen darf man haben». Eine andere sei der von der EVP seit langem propagierte zentrale Begegnungsort. Zollikofen sei bedingt durch die Bernstrasse «ein Schlauch», und es wäre «schön, wenn man in Zollikofen zusammenkommen könnte, ohne in eine Beiz gehen zu müssen». (cbn)

KURZ

Kritische Stellungnahme aus dem Gantrischgebiet
AGGLO-KONFERENZ Die Gemeinden des Regionsverbands Schwarzwasser stehen der geplanten Agglomerationskonferenz mit grosser Skepsis gegenüber. In ihrer Vernehmlassungsantwort schreiben neun Gemeinden aus den Ämtern Seftigen, Schwarzenburg und Bern, die Einführung einer neuen Staatsebene sei unnötig. Auch wurden an der Vorstandssitzung am Dienstag Ängste laut, die städtisch geprägten Gemeinden würden künftig den eher ländlichen Ortschaften Auflagen bezüglich der Siedlungsentwicklung machen. Als einzige Gemeinde aus dem Gebiet sagt Wahlern Ja zum Vorhaben. (rr)

ANZEIGEN

DER 8. TRÖDLERMARKT
IM GREYERZ
BULLE
ESPACE GRUYÈRE
8000m²
(1500 Parkplätze)

Kinder-Brocante
Beteiligung gratis

ESPACE GRUYÈRE

Freitag, 27. Januar 2006 von 10.00 bis 21.00 Uhr
Samstag, 28. Januar 2006 von 10.00 bis 21.00 Uhr
Sonntag, 29. Januar 2006 von 10.00 bis 18.00 Uhr

Org.: Fernand PLUMETTAZ 1653 Crésuz Natel (079) 225 06 10
http://www.brocplumett.ch 42-85729

Ab 4. Januar 2006

Praxisübernahme

von Herrn
Dr. med. Walter Ryser †

Dr. med. Horst-Dieter Urbahn

Spezialarzt FMH
für Gynäkologie und Geburtshilfe

Beruflicher Werdegang

1979	Staatsexamen Universität Bonn D
1979–1985	Assistenzarzt Rheinische Landesfrauenklinik Wuppertal D
1985–1990	Leitender Oberarzt Klinikum Niederberg Velbert D
1990–1994	Leitender Oberarzt Städt. Frauenklinik Remscheid D
1994–2005	Chefarzt der Frauenklinik des Knappschaftskrankenhauses Recklinghausen D

Zeughausgasse 19, 3011 Bern
Sprechstunden ab sofort nach Vereinbarung unter
Telefon 031 312 06 60, Fax 031 312 34 14
www.dr-urbahn.ch, E-Mail: info@dr-urbahn.ch